

**Rede
der Sprecherin für Bundes- und
Europaangelegenheiten und Regionale
Entwicklung**

Immacolata Glosemeyer, MdL

zu TOP Nr. 17a

Aktuelle Stunde

**Meta unter Druck, Europa am Drücker: Mehr Schutz in
sozialen Medien für Kinder und Jugendliche**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 19/11519

während der Plenarsitzung vom 10.09.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wer heute soziale Medien nutzt, erlebt täglich, wie schnell aus einem Ort der Begegnung ein Ort der Verletzung werden kann. Hasskommentare, Beleidigungen, Mobbing und gezielte Falschinformationen treffen Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen; oft mit gravierenden Folgen für die psychische Gesundheit und ihr Vertrauen in Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Es kann nicht sein, dass wir im analogen Raum klare Regeln und Zuständigkeiten haben, aber im digitalen Raum oft der Eindruck entsteht, als könnte jeder und jede machen, was er will, und sagen, was er will, weil die Grenzen des Erlaubten verschwimmen und sich Verantwortliche hinter Algorithmen verstecken. Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit meinen viele, sagen zu können, was sie im privaten Bereich niemals äußern würden. Wir wissen aus Studien sehr genau, dass Millionen Kinder und Jugendliche jeden Tag auf Plattformen - auf Insta, TikTok und YouTube - unterwegs sind und dass ein ganz erheblicher Teil ein problematisches oder gar suchtähnliches Verhalten aufzeigt. Es sind in etwa ein Viertel der Jugendlichen von 10 bis 17.

Viele Jugendliche und Eltern berichten mir regelmäßig - und das wird Ihnen nicht anders gehen, vielleicht sogar zu Hause -, dass Ihnen oder Ihren Kindern die Selbstkontrolle über die Bildschirmzeit entgleitet, dass sie regelmäßig mit Fake News konfrontiert werden und dass Mobbing oder digitale Gewalt längst kein Randphänomen mehr sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Wochen ist etwas passiert, das viele lange für unmöglich gehalten haben: In den USA hat sich Meta, der Konzern hinter Facebook, WhatsApp und Insta, mit einer Vielzahl von Bundesstaaten auf einen Milliardenvergleich geeinigt, weil ihm vorgeworfen wurde, seine Plattform bewusst suchterzeugend für Minderjährige zu gestalten und die Risiken für deren psychische Gesundheit zu verschleiern.

Der Vergleich zeigt, dass man damit nicht ganz falsch lag. Meta zahlt nicht nur, sondern verpflichtet sich auch zu tiefgreifenden Änderungen: Nutzungszeitbegrenzungen für Minderjährige, nächtliche Sperrzeiten, deutlich reduzierte Benachrichtigungen, Like-Zahlen und extreme Beautyfilter für Jugendliche werden verborgen und ein nichtpersonalisierter Feed soll endlose Scrollen und algorithmische Zuspitzung begrenzen.

Kinder unter 13 Jahren sollen ganz ferngehalten werden, und bestehende Konten sollen aufgelöst werden. Alterskontrollen werden verschärft, Eltern erhalten mehr Kontrollmöglichkeiten, und Meta muss schneller reagieren. Bisher gilt dies nur für die USA. Meta hat sich nicht dazu bereit erklärt, diese Änderungen auch auf Europa und andere Länder auszuweiten. Deshalb ist klar: Wenn der Druck groß genug ist, sind selbst die größten Plattformen zu tiefen Eingriffen in ihr Geschäftsmodell bereit. Wir

sind nicht machtlos gegenüber digitalen Großkonzernen! Denn die Europäische Union kann ihre Durchsetzungskraft zeigen, wenn sie konsequent klar verhandelt und verbindliche Standards durchsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der digitale Raum darf kein rechtsfreier Raum sein. Denn Meinungsfreiheit endet dort, wo Menschenwürde verletzt, gezielter Hass geschürt und demokratische Prozesse manipuliert werden.

Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz hat die EU ein Regelwerk geschaffen, das Online-Plattformen verpflichtet, illegale Inhalte wie etwa Hassreden, terroristische Propaganda oder bestimmte Persönlichkeitsrechtsverletzungen zügig zu bekämpfen und nutzerfreundliche Meldesysteme vorzuhalten, und das insbesondere sehr große Plattformen verpflichtet, systematische Risiken etwa für Demokratie und psychische Gesundheit zu erkennen und zu mindern - besser noch wäre: einzustellen.

Die Europäische Kommission führt bereits Verfahren gegen Meta, weil die begründete Befürchtung besteht, dass Kinder unter 13 Jahren massenhaft auf Insta, Facebook und TikTok unterwegs sind, dass die entsprechenden Alterskontrollen unzureichend sind und dass die Plattformalgorithmen Verhaltenssucht und gefährliche Inhalte begünstigen, was der Vergleich ja selbst bestätigt. Meta hat mit diesem Vergleich besonders zum Ausdruck gebracht, dass das nicht alles nur gefühlte Fakten sind.

Dieser Meta-Vergleich darf kein USA-Sonderweg bleiben. Es ist an der Zeit, dass unsere Rechte für den Kinderschutz und unsere demokratischen Spielregeln auch in Europa beschlossen und konkret durchgesetzt werden. Gemeinsam mit unserer Europaministerin werden wir uns weiterhin bei der Europäischen Kommission dafür starkmachen, dass sie die Verfahren gegen Meta und andere Plattformbetreiber konsequent zu Ende führt und Verstöße gegen Kinder- und Jugendschutz so-wie die unzureichende Bekämpfung von Hass und Desinformation mit empfindlichen Sanktionen belegt, damit der Angriff auf unsere Demokratie endlich ein Ende hat.

Vielen Dank.